

# Ständerat geschlossen gegen Goldinitiative

Handlungsfähigkeit der Nationalbank im Vordergrund

Die Goldinitiative fordert, dass die Nationalbank künftig mindestens 20 Prozent ihrer Aktiven in Gold halten muss. Der Ständerat lehnt die Initiative ohne Gegenantrag ab.

**flj. Bern** · «Es ist nicht alles Gold, was glänzt», brachte Ständerätin Anita Fetz (Basel-Stadt, sp.) die Befindlichkeit auf den Punkt, die am Donnerstag bei der Behandlung der Initiative «Rettet unser Schweizer Gold», kurz Goldinitiative, in der kleinen Kammer vorherrschte. Das Anliegen klinge zwar auf Anhieb nicht unsympathisch, eine Annahme des Volksbegehrens hätte aber verheerende Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und die Volkswirtschaft.

Die Initianten – unter der Führung der SVP-Nationalräte Lukas Reimann, Luzi Stamm und alt Nationalrat Ulrich Schlüer – verlangen, dass die Nationalbank mindestens 20 Prozent ihrer Aktiven in Gold halten muss und dass dieses Gold in Zukunft nicht mehr verkauft werden darf. Die Goldreserven seien zudem zwingend in der Schweiz zu halten, heisst es in der Initiative.

## Auch Goldpreis ist volatil

Gegenwärtig hält die SNB nur 73 Prozent ihrer Aktiven in Gold. Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf rechnete vor, dass die Nationalbank für 63 Milliarden Franken Gold zukaufen müsste. Dieses wäre danach unverkäuflich, dadurch würden die Glaubwürdigkeit und der Handlungsspielraum der SNB stark beeinträchtigt, so die Finanzministerin. Bei einer Lockerung der Geldpolitik oder auch, wenn der Goldpreis fallen würde, müsste die Nationalbank zusätzlich Gold kaufen, entgegen dem, was eigentlich ihr Auftrag wäre: nämlich, die Preisstabilität unter Berücksichtigung der Konjunktur zu gewährleisten.

Die Entwicklung in den letzten Jahren zeige überdies, dass auch Gold «zu den volatilsten und damit zu den riskantesten Anlagen» gehöre. Zwischen Preisstabilität und Goldanteil in der SNB-Bilanz gebe es keinen Zusammenhang. Preisstabilität werde dadurch sichergestellt, dass die SNB als unabhängige Institution die Wirtschaft angemessen mit Geld versorge und dieses auch wieder zurückziehen könne.

Auch diverse Ständeräte betonten, dass Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit der SNB bei Annahme der Initiative gefährdet wären. Zudem sei Gold nicht mehr die sichere Anlage, die sie gewesen sei. Martin Schmid (Graubünden, fdp.) illustrierte dies am Goldpreis, der im Jahr 2013 um 30 Prozent sank. Diverse Kantonsvertreter fürchteten auch sinkende Gewinnausschüttungen der SNB, da die Goldanlagen keine Zinsen abwerfen würden und Kursgewinne wegen des Verkaufsverbots nicht realisiert werden könnten.

## 70 Prozent im Inland

Auch die Forderung, die Goldreserven nur noch in der Schweiz zu halten, erachten Bundesrat und Ständerat als unnötig. 70 Prozent des Goldes der SNB befinde sich schon in der Schweiz. Die restlichen 30 Prozent liegen in Kanada und in Grossbritannien. Das sei für den Fall einer Krise auch sinnvoll, betonte Widmer-Schlumpf. Pirmin Bischof (Solothurn, cvp.) ergänzte, die ursprüngliche Befürchtung der Initianten, es würden auch in den USA Goldreserven gelagert, habe sich in Luft aufgelöst.

Ohne Gegenantrag – und damit auch ohne Abstimmung – lehnte der Ständerat die Initiative ab. Für Mitinitiant Lukas Reimann ist dies «kurzsichtig». Auf lange Frist sei Gold immer noch «mit Abstand die stabilste Anlage». Mit einem genügend grossen Goldanteil werde die Aufblähung der SNB-Bilanz verhindert und damit das langfristige Inflationsrisiko eingedämmt.

# Das falsche Rezept

Auch der Ständerat empfiehlt Gastro-Initiative zur Ablehnung

**For. Bern** · Mit einem konkreten Beispiel aus dem Bundeshaus veranschaulichte Ständeratspräsident Hannes Germann die Problematik und das Element der Willkür, welche die Volksinitiative «Schluss mit der Mehrwertsteuer-Diskriminierung» anspricht. Die Getränke, welche die Ratspräsidenten und Bundesräte während der Debatten bei den Weibeln bestellen dürfen, stammen aus Restaurationsbetrieben des Bundeshauses und sind mit 8 Prozent Mehrwertsteuer belegt. Es stelle sich aber die Frage, ob es sich dabei nicht um Take-away handle, da der bestellte Tee nicht im Café, sondern am Arbeitsplatz konsumiert werde, sagte Germann.

Mit der Initiative des Wirtverbandes GASTROUISSE würden solche Abgrenzungsprobleme häufiger. Sie will gastgewerbliche Leistungen dem gleichen Mehrwertsteuersatz unterstellen wie Nahrungsmittelverkäufe – unter anderem mit dem Argument, dass Restaurants gegenüber Kiosken, Kebabständen und anderen Take-away-Betrieben benachteiligt seien. Den konkreten Steuersatz lässt die Initiative offen. Davon ausgenommen sind in Restaurants verkaufte Raucherwaren und alkoholische Getränke.

## Nur komplizierte Lösungen

In der Debatte vom Donnerstag war im Ständerat viel Wohlwollen für die Initiative zu spüren. Sie sei auf den ersten Blick sehr sympathisch, sagte Roberto Zanetti (Solothurn, sp.), Präsident der Wirtschaftskommission (WAK). Der zweite Blick falle jedoch kritischer aus. Aufgrund der komplizierten Lösungs-

möglichkeiten habe die Kommission auf einen Gegenvorschlag verzichtet, sagte Zanetti. Die Reduktion des Steuersatzes für Restaurants auf 2,5 Prozent hätte Mindereinnahmen von 750 Millionen Franken zur Folge. Das umgekehrte Vorgehen würde zu einem unerwünschten Anstieg der Fiskalquote führen. Schliesslich würde eine ertragsneutrale Umsetzung die Abgrenzungsprobleme nicht beseitigen. Laut der Minderheit haben Ratlosigkeit und Mutlosigkeit zur ablehnenden Haltung geführt, wie Isidor Baumann (Uri, cvp.) kritisierte. Im Alpenraum sei die Gastronomie das Rückgrat der Dörfer und der Tourismusbetriebe, sagte Hans Hess (Obwalden, fdp.), GASTROUISSE-Ehrenmitglied.

## Euphorie für Einheitssatz

Mehrere Votanten argumentierten, nur die Einführung eines Einheitssatzes für die Mehrwertsteuer führe zu einer befriedigenden Lösung. Der Ordnungsantrag von Hess, das Geschäft mit der Forderung nach einer Vorlage mit Einheitssatz an die WAK zurückzuweisen, scheiterte jedoch klar. Pirmin Bischof (Solothurn, cvp.) holte die Einheitssatz-Enthusiasten auf den Boden der Realität zurück. Im Grundsatz seien alle für den Einheitssatz. Die Differenzen begannen bei den Ausnahmen. Daran sei der letzte Anlauf gescheitert. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf gab zu bedenken, dass mit der Annahme der Initiative der Einheitssatz vom Tisch wäre, weil sie zwei Sätze fordere. Wie der Nationalrat lehnt auch der Ständerat die Initiative ohne Gegenvorschlag mit 24 zu 13 Stimmen ab.



Bundespräsident Didier Burkhalter und seine Frau nehmen in Genf ein Bad in der jugendlichen Menge.

MARTIAL TREZZINI / KEYSTONE

# «Die Jugend ist der Treibstoff der Zukunft»

Bundespräsident Burkhalter eröffnet den Genfer Autosalon mit einem Lob der Berufsbildung

Mit einem ungewöhnlichen Akzent eröffnete Bundespräsident Burkhalter am Donnerstag den Genfer Autosalon. Er hob die Jugend und ihre Leidenschaft für das Auto aufs Podest und lobte das duale Schweizer Berufsbildungssystem.

Walter Hagenbüchle, Genf

In Genf hat am Donnerstag der Autosalon 2014 seine Tore geöffnet. Der erneut unter riesigem Medieninteresse und mit viel grellem Scheinwerferlicht inszenierte Corso der Automobile vor der Calvinstadt ist nicht nur die grösste Schweizer Publikumsmesse. Er ist auch die einzige Leistungsschau der Branche, die in einem Land ohne eigene Autobauer, sozusagen auf neutralem Boden, stattfindet. Entsprechend viel Interesse herrscht bei der internationalen Autoindustrie an dieser ersten wichtigen Messe des Jahres.

Usanzgemäss eröffnet jeweils das Oberhaupt der Schweizer Regierung den Autosalon. Meist bleiben diese Ansprachen in politisch korrekter Etikette, manchmal sind sie – wie damals bei Micheline Calmy-Rey – sogar betont witzig. Häufig aber klingen sie fast nur wie Pflichtübungen. Diesem Vorwurf musste sich Bundespräsident Didier Burkhalter, der heuer die Festansprache hielt, beileibe nicht aussetzen. Er überraschte die versammelte Auto-Gemeinde mit seinem spontanen Ent-

schluss, diesen Tag zum Tag der Jugend und ihrer Leidenschaft für die Berufswelt der Autotechnik zu erklären. Seine Botschaft: «Die Funken der Jugend sind das Licht der Politik und der Treibstoff der Zukunft, ihr Turbo zählt.»

Als leuchtendes Beispiel für diese Passion begrüsst Burkhalter vor der Bühne die Schweizer Rennfahrerin Simona de Silvestro, die auszog, in den USA ihr Glück als Pilotin zu versuchen, und nun im Kader des Schweizer Formel-1-Teams Sauber figuriert.

## Motto des Präsidialjahres

Das unorthodoxe Plädoyer Burkhalters passt zum Motto seines Präsidialjahres, das in der Formel «Jugend, Arbeit und Öffnung» gipfelt. Diese Formel, so Burkhalter, sei der echte Erfolgsmotor für die Schweiz. Zur Veranschaulichung seines Exploits brachte der Bundespräsident neben der Schweizer Formel-1-Hoffnung auch dreissig Lehrlinge aus der Automobilbranche zur Eröffnungsfest und zum obligaten Messerundgang mit. Sie sollten die Qualität des dualen Schweizer Ausbildungssystems symbolisieren und kamen für diese Botschaft selbst zu Wort.

Burkhalter schlug indes auch ernste Töne an. Er erinnerte an die Herausforderungen zum Schutz des Planeten, die bewältigt werden müssten, damit diese Jugend auch morgen gut leben könne. Das Auto sei Teil dieser Gleichung und müsse den Bedürfnissen einer nachhaltigen Entwicklung entsprechen. Im Herbst werde der Weltklimarat den

fünften Bericht zum Klimawandel vorlegen. «Die Experten sagen voraus, dass der Bericht noch alarmierender sein wird als die vergangenen», sagte der Aussenminister. Er kam auch auf den Ukraine-Konflikt und dessen mögliche Auswirkungen auf die Weltwirtschaft zu sprechen, über die er zuletzt mit der amerikanischen Regierung diskutiert hatte. In diesem Zusammenhang habe sich übrigens, so Burkhalter, auch Präsident Obama lobend über das duale Bildungssystem der Schweiz geäussert und angedeutet, dass auch er nun im Interesse der Jugend Gas geben wolle.

## Neue automobile Trends

Was die Messe selbst betrifft, so zeigt sich allem voran, dass die Autobranche nach Jahren aufwendiger und teilweise abgehobener Studien und Konzepte gerade auch mit Alternativen wieder auf breiter Front zum bezahlbaren Auto für Kunden mit alltagspraktischen Ansprüchen zurückgefunden hat. Dieser Weg zurück zur Vernunft mag auch mit der größeren Absatzkrise in Europa zusammenhängen. Als sichtbarer Megatrend am Genfer Salon zu erkennen ist auch, dass die Autobauer aus wirtschaftlichen Gründen zusammenrücken und vermehrt Synergien nutzen. Konkretes Rezept dafür: Autobau mit gemeinsamer Technologie, gepaart mit markenspezifischem Design. So sind denn am Salon zahlreiche Fahrzeuge, die aus der konzernübergreifenden Kooperation verschiedener Autohersteller entstanden sind, erstmals zu sehen.

# Kleiner Swiss Finish am OECD-Standard

Ständerat verabschiedet neuste Revision des Steueramthilfegesetzes

Die Informationsrechte ausländischer Steueründer werden per Gesetz eingeschränkt. Das Parlament hat entsprechende OECD-Standards umgesetzt.

**hü. Bern** · Das Rückzugsgefecht ums Bankgeheimnis ist eine Etappe weiter: Der Ständerat hat die jüngste Gesetzesrevision verabschiedet, die das Schweizer Recht an internationale Standards anpasst. Die Diskussion dauerte nur kurz. Es war, als ob sich die Ständeräte gesagt hätten: Augen zu und durch. «Wer auf dem internationalen Spielfeld mitspielen will, muss sich an die internationalen Spielregeln halten», sagte Kommissionssprecher Roberto Zanetti (Solothurn, sp.). Wie zuvor schon der Nationalrat entschied sich der Ständerat

fürs Mitspielen und stimmte der Gesetzesänderung mit 34 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen zu – nur Peter Föhn (Schwyz, svp.) stimmte Nein.

Der heikelste Punkt in der Vorlage betrifft die Vorinformation von Betroffenen bei der Amtshilfe. Künftig kann «in Ausnahmefällen» darauf verzichtet werden, die Betroffenen zu informieren, wenn die Schweiz Steueramthilfe ans Ausland leistet; damit kann die betroffene Person auch nicht mehr rechtzeitig Beschwerde einlegen.

Dies sei aus rechtsstaatlicher Sicht problematisch, konstatierte Martin Schmid (Graubünden, fdp.). Trotzdem müsse die Schweiz aufgrund der internationalen Entwicklung in diesem Punkt nachgeben. Schmid plädierte jedoch dafür, dem Nationalrat zu folgen und die Bedingungen für die Nicht-Information restriktiver zu formulieren.

Dagegen setzte sich Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf zur Wehr. Sie argumentierte, dass jede Abweichung vom exakten Wortlaut der OECD-Empfehlungen wieder neue Fragen aufwerfe. Es gehe darum, dass die Schweiz die zweite Stufe der Peer-Review in der OECD bestehe, und dafür müsse sie die entsprechenden Standards vollständig übernehmen. Indien und Frankreich, hätten die Schweizer in diesem Punkt bereits ermahnt. Die Abstimmung in diesem Punkt ging 18 gegen 18 aus; Ratspräsident Hannes Germann (Schaffhausen, svp.) füllte den Stichtisch für die restriktivere Formulierung des Nationalrats und gegen die Version des Bundesrats.

Bereits am nächsten Mittwoch geht das Rückzugsgefecht weiter, wenn das Stöckli die Umsetzung der sogenannten Gafi-Empfehlungen behandelt.